



# Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 5 – August 2006

KOLUMNE

## Liebe Leserin, Lieber Leser

*Es ist Sommer. Das Parlament hat sitzungsfrei – eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen über das erste Regierungsjahr der Großen Koalition. Das Ergebnis ist ernüchternd: Wir erleben eine Große Koalition der kleinen Schritte. Etliche davon gehen sogar in die falsche Richtung. Anstatt ein Nachhaltigkeitszertifikat für Biomasse einzuführen, um der heimischen Landwirtschaft Einkommenschancen und eine umwelt- und sozialverträgliche Produktion zu sichern, werden Biokraftstoffe künftig besteuert. Emissionsrechte werden verschenkt, aber von den Energiekonzernen auf die Stromkunden umgelegt. Verbraucherrechte werden verhöhnt mit einem Verbraucherinformationsgesetz voller Löcher und bürokratischer Hürden. Bei der Gesundheitsreform wird das Solidarprinzip aufgegeben und beim Kindergeld das Bezugsalter auf 25 Jahre gesenkt, obwohl es noch immer kein elternunabhängiges BAFöG gibt. Aus der Föderalismusreform ist statt einer Mutter der Reformen nur ein Stiefmütterchen geworden.*

*Im Wahlkampf tönnte die SPD noch, dass es mit ihr keine Mehrwertsteuererhöhung auf 18 Prozent geben würde. Nun haben wir 19 Prozent. „Spaß macht es nicht“ ist oft von SPD-Parlamentariern zu hören. Sie sind „traurig“ über die vielen Kompromisse. Rot-Grün hat fröhlicher regiert und mehr für die Zukunftsfähigkeit des Landes erreicht. Wir bleiben so fröhlich, grün und hartnäckig, damit die Zukunft nicht unter die Räder kommt.*

Cornelia Behm

Nachwachsende Rohstoffe

## Weg vom Öl mit Bioenergien: Klare Kriterien sind notwendig

**Die Bioenergiebranche wächst. Gleichzeitig wächst die Sorge, dass dies mit neuem Raubbau einhergehen könnte. Das hat auch die bündnisgrüne Regionalkonferenz im Juni in Schwedt gezeigt. Unsere Antwort lautet deshalb ganz klar: Wir wollen eine garantiert nachhaltige Produktion von Bioenergie. Dafür brauchen wir klare Kriterien, deren Einhaltung kontrolliert wird.**

Viele Umweltschützer sind bis heute skeptisch, wenn es um nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo) geht. Sie fürchten einen intensiven Anbau. Ein großflächiger Anbau von Mais für Biogasanlagen und von Raps für Biodiesel – das ist vielen Naturschützern ein Dorn im Auge. Die Aussicht, dass Biodiesel zukünftig aus importiertem Palmöl produziert wird, hat die verbreitete Ablehnung von Biokraftstoffen weiter verstärkt.

Dennoch: Bei vielen Produkten gibt es keine Alternative zu NaWaRo, wenn man aus klimapolitischen Gründen weg vom Öl will. Dies gilt

auch für die Kraftstoffe. Auch wenig gefahrene Dreiliterautos brauchen einen Kraftstoff. Es macht also keinen Sinn, fossile und biogene Kraftstoffe gleichzeitig abzulehnen.

Deshalb gilt es, den Ausbau der Bioenergien so umweltgerecht wie möglich zu gestalten. Um die Zerstörung unberührter Naturräume zu vermeiden, müssen NaWaRo auf den bestehenden Agrarflächen angebaut werden. Betriebsmittel (insb. Energie und Pflanzenschutzmittel) sind so sparsam wie möglich einzusetzen. Gentechnisch veränderte Organismen müssen tabu sein. Großflächige

Monokulturen sind zugunsten von vielfältigen Fruchtfolgen und Mischkulturen zu vermeiden.

Für eine nachhaltige Produktion von Biomasse brauchen wir einen ordnungsrechtlichen Rahmen, an den sich alle Landwirte halten müssen – egal, ob sie Lebensmittel oder NaWaRo produzieren. Hier sind wir z.B. im Pflanzenschutz- und im Düngerecht in Deutschland schon weit vorangekommen.

Dort, wo der ordnungsrechtliche Rahmen eine nachhaltige Landwirtschaft nicht gewährleistet, brauchen wir Nachhaltigkeits-Zertifizierungssysteme. Dies ist besonders wichtig für Importe von Biomassen aus →

### Bio-Siegel für Sprit

Demonstration gegen die Besteuerung von Biokraftstoffen am 10. Mai in Berlin.



# Mehr Schutz für den Verbraucher

Die Bioenergiebranche wächst – aber auch die Sorge, dass dies mit neuem Raubbau einhergehen könnte. (Fortsetzung von Seite 1)

→ Ländern mit niedrigen Umweltstandards. Die Zertifizierung der nachhaltigen Produktion von Holz ist bereits etabliert. Hier gibt es beispielsweise die von Umweltverbänden anerkannte FSC-Zertifizierung ([www.fsc-deutschland.de](http://www.fsc-deutschland.de)) und die Naturland-Zertifizierung ([www.naturland.de](http://www.naturland.de)). Sie müssen aber noch stärker genutzt werden als bisher.

Nachhaltigkeits-Zertifikate für

Agrarprodukte sind bisher jedoch die Ausnahme. Bio-Siegel werden bisher vor allem für Lebensmittel, aber kaum für NaWaRo eingesetzt. Dies wird wohl auch so bleiben. Wir brauchen also eine Zertifizierung nachhaltiger Produktion für den konventionellen Anbau von NaWaRo. Die müssen aber erst noch entwickelt werden.

Die Rainforest Alliance ([rest-alliance.org\) hat für einzelne tropische Agrarprodukte wie Bananen und Kaffee internationale Zertifizierungssysteme geschaffen. Die gilt es auf weitere Agrarprodukte auszuweiten. Auch die EU-Kommission hat den Aufbau eines Nachhaltigkeits-Zertifizierungssystems für Biokraftstoffe vorgeschlagen.](http://www.rainfo-</a></p></div>
<div data-bbox=)

Von solchen Nachhaltigkeits-

Nachweisen profitiert letztendlich nicht nur die Umwelt, sondern auch die europäische Landwirtschaft. Denn im Wettbewerb mit Biomasse aus Raubbau kann die einheimische Landwirtschaft, die viel höhere Umwelt- und Sozialstandards einhält, nicht bestehen. Auch die Landwirte müssen also ein Interesse an Zertifizierungssystemen für eine nachhaltige Produktion von NaWaRo haben.

## Sozialstandards berücksichtigen

## Naturschutz

# Nationales Naturerbe – erfüllt Große Koalition grüne Träume?

In ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 hat die Große Koalition vereinbart, gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes (inkl. der Flächen des „Grünen Bandes“) in einer Größenordnung von 80.000 bis 125.000 Hektar unentgeltlich in eine Bundesstiftung (vorzugsweise DBU) einzubringen oder an die Länder zu übertragen.

Das hört sich ja fast so an, als hätte die bündnisgrüne Fraktion am Koalitionsvertrag mitgeschrieben, denn noch im August 2005 hieß es in einer grünen Pressemitteilung: „Das nationale Naturerbe nicht verscherbeln ... Zum Nationalen Naturerbe gehören auch Naturparke, Biosphärenreservate und eine Vielzahl größerer Naturschutzgebiete. ... Eine besondere Bedeutung haben dabei

Militärflächen, deren Nutzung durch die Bundeswehr oder ausländische

Truppen bereits aufgegeben wurden oder in Zukunft aufgegeben werden soll. Nicht selten haben sich gerade auf Truppenübungsplätzen Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten gebildet. Auch die

Braunkohlefolgelandschaften in Ostdeutschland gehören zu den Gebieten mit großem ökologischem Entwicklungspotenzial. Und schließlich geht es um das ‚Grüne Band‘ – die frühere innerdeutsche Grenze. ... Nach einer von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt finanzierten Studie der Naturschutzverbände handelt es sich um etwa 125.000 Hektar Bundesflächen, die in besonders sensiblen Schutzgebieten liegen. ...“

## Finanzierung sichern!

Am 21. Juni hat

die Bundesregierung nun die Bundesliegenschaften benannt, die zum „Nationalen Naturerbe“ erklärt werden sollen. Vorerst werden den Ländern 100.000 Hektar, die auch das „Grüne Band“ enthalten, ange-



Deutschlands Grünes Band – Flusslandschaften an der Elbe.

boten. Weitere 25.000 Hektar können übertragen werden, wenn die bisherige Nutzung aufgegeben wird. Bis Mitte August werden die Umweltministerien der Länder prüfen, ob sie die Flächen als Naturschutzgebiete übernehmen wollen. Bisher sind die Reaktionen sehr gemischt. So wird teilweise die Wertigkeit der Flächen angezweifelt. Große Unsicherheit herrscht auch bei den Beschäftigten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die einen Großteil der Flächen bisher bewirtschaftet hat. Sie fordern, flächengebundenes Personal mit den Flächen zu übertragen oder die BImA gegen Aufwandsersatzung

durch die Flächenempfänger mit der Bewirtschaftung zu betrauen. Auch fehlt bisher eine Entscheidung über bundeseinheitliche Regelungen zum Umgang mit diesen Flächen. Wir erwarten, dass die Flächenübertragung an strenge naturschutzfachliche Kriterien geknüpft wird. Keinesfalls darf die Qualität des Naturschutzes nach Kassenlage erfolgen. Die Finanzierung des Nationalen Naturerbes muss dauerhaft gesichert werden.

Hier finden Sie das Flächenangebot des Bundes: [www.bmu.de/naturschutz\\_biologische\\_vielfalt/downloads/doc/37426.php](http://www.bmu.de/naturschutz_biologische_vielfalt/downloads/doc/37426.php)

## Ländliche Räume in Deutschland entwickeln

Kongress der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

16.09.2006 – 10.00-17.30 Uhr Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages

Themenschwerpunkte:

Zukunftsfähige Förderpolitik gestalten

Wettbewerbsfähigkeit durch Ökologische Modernisierung schaffen Modellregionen von „RegionAktiv“ bis „Leader+“

# Nachhaltigkeitskonferenz der Grünen in Wittenberge

Am 13. Mai veranstalteten Cornelia Behm und der bündnisgrüne Kreisverband Prignitz eine Konferenz zum Thema „Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg“. Im Zentrum der Diskussion stand die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser.

Nachhaltigkeit bedeutet, dass wir orientiert an der Tragfähigkeit des globalen Ökosystems ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichberechtigt betrachten und aufeinander abstimmen müssen. Für die landwirtschaftliche Produktion heißt das beispielsweise, dass sie dem Bauern ein angemessenes Einkommen sichern und gleichzeitig im Einklang mit den Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes stehen sollte.

Von den Landwirten wird die Kunst verlangt, hochwertige Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe als Ersatz für Erdöl und Kohle zu erzeugen und gleichzeitig den Einsatz von chemischen Pflan-

zenschutzmitteln und Düngern zu verringern und die Artenvielfalt auf unseren Äckern zu erhalten. Denn nur der schonende Umgang mit dem Boden sichert langfristig hohe Erträge von guter Qualität, ohne dabei diese Ressource zu verbrauchen.

Die Praxis zeigt, dass dies kein Wunschdenken ist. Allerdings sind auch für den gutwilligsten Landwirt viele Hürden zu überwinden. Ein Zuviel an Bürokratie bringt die Bauern gegen Naturschutzauflagen auf.

Die Klimaveränderungen zwingen auch uns, die wir bisher keinen Wassermangel kannten, zum sparsamen Umgang mit dieser lebenswichtigen

Ressource. Die gute Qualität des Brandenburger Trinkwassers lässt sich nur aufrechterhalten, wenn es weiter in ausreichendem Maß zur Verfügung steht. Denn in der Regel führt Wassermangel zu einer schlechteren Wasserqualität.

## Wassermangel verringert Qualität

Mit der Einbringung unseres Wasserverbandsgesetzes im Juni im Deutschen Bundestag haben wir die Weichen für einen sparsameren Umgang mit der Ressource Wasser stellen wollen. Leider ist der Versuch an der ablehnenden Haltung der Regierungsfractionen von SPD und Union gescheitert. Mehr dazu unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de).

# Robbenprodukte: Nein Danke!

Alljährlich werden im Frühjahr in der Arktis ganz legal hunderttausende von Robben grausam geschlachtet, um ihr Fell zu verkaufen. Diese Tierquälerei wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beenden. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für ein Importverbot für Robbenprodukte ein.

Robben werden in der Regel nicht zur Sicherung der Ernährung, sondern wegen ihrer Felle gejagt. Doch die braucht eigentlich niemand. Denn es gibt vielfältige Alternativen. Trotzdem ist es schwer, die Jagd ein für alle mal zu beenden. Tradition und der finanzielle Gewinn, der allerdings nur unwesentlich zur Verbesserung der Einkommenssituation der Bevölkerung in den betroffenen Regionen beiträgt, sind die Argumente der Befürworter der Robbenjagd.

Doch das Abschachten der Tiere steht weder mit den Anforderungen des Tierschutzes noch mit denen der Nachhaltigkeit und des Artenschutzes in Einklang. Es gibt zahlreiche Einflüsse wie Klimaänderungen, Beifang bei der Fischerei und die Zerstörung des Lebensraumes, die die Robbenbestände vermindern. Da sich diese kaum, oder zumindest nicht kurzfristig, ausschalten lassen, ist ein Ende der Robbenjagd dringend geboten.

Unabhängig von artenschutzrechtlichen Erwägungen ist die Jagd entgegen den Beteuerungen der

Robbenjäger brutal. Filmaufnahmen belegen das. Verletzte Tiere versuchen zu fliehen und ertrinken jämmerlich, wenn es ihnen gelingt, das Wasser zu erreichen. Viele Tiere sind selbst bei der Häutung noch bei vollem Bewusstsein. Allein schon deshalb muss dem grausamen Treiben endlich ein Ende gemacht werden.

Dazu wäre ein völkerrechtliches Abkommen wie beim Walfang am sinnvollsten. Solange dies fehlt, sollten die EU und Deutschland die Robbenjagd nicht nur ächten, sondern mit wirkungsvollen Maßnahmen einschränken. Ein Weg ist ein Import- und Handelsverbot für alle Robbenprodukte, denn es würde den Robbenprodukten einen Teil ihres Marktes nehmen.

Wir haben deshalb einen Antrag



Begehrtes Fell: Lebenden Tieren die Haut abgezogen.

formuliert, der die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf für ein Verbot der Einfuhr und des Handels mit Produkten aller Robbenarten vorzulegen. Außerdem soll sie sich für ein EU-weites Einfuhr- und Handelsverbot für Produkte aller Robbenarten einsetzen. Seit Monaten verhandeln wir mit den anderen Bundestagsfraktionen, um zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Allerdings liegt die endgültige Zustimmung einer wichtigen Regierungsfraction noch nicht vor. Wir bleiben dran.

## Exkursion mit Böll



Das Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung lud Cornelia Behm am 3. Juni zur Exkursion nach Brodowin ein. Auf dem dortigen Demeterhof sprachen die Teilnehmer mit Geschäftsführer Peter Krentz (li.) und Mitarbeiter Helmut Adamaschek (5.v.li.). Hauptthema: Die Agrarpolitik von Bund und Land.

## Zu Gast im Norden

Der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen (GVO), ist für die mecklenburgische Landwirtschaft eine Bedrohung. Zu dieser Erkenntnis gelangt der Landwirt Heinrich Graf von Bassewitz, den Cornelia Behm zusammen mit den Mecklenburger Grünen Harald Terpe und Hendrik Fulda am 23. Mai traf. „Der Anbau von GMO macht den Ökolandbau unmöglich und schadet zudem dem Ruf Mecklenburg-Vorpommerns als Urlaubsregion“, so von Bassewitz.

## Auf's Dach

Am 7. Juni besuchte Cornelia Behm das Energie-Team in Königs Wusterhausen. Die Schüler sind in einer Aktiengesellschaft organisiert und verkaufen Solarstrom, den eine Anlage auf dem Schuldach erzeugt. Die Abgeordnete erwarb Anteile im Wert von 50 Euro.

## Nein zur Biosprit-Steuer

Viele Tausend Menschen taten am 10. Mai ihren Unmut über die bevorstehende Steuer auf Biokraftstoffe kund. Auch Cornelia Behm war an das Brandenburger Tor gekommen. Sie unterstützte die Forderung der Demonstranten nach einem klaren Bekenntnis der Bundesregierung zur Zukunft der Biokraftstoffe.

*Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)*

### 13. August 2006

Benefizkonzert mit der Gruppe „Hohes C“ für eine Rundbank unter der Patenlinde auf der Freundschaftsinsel.  
*Galerie Freundschaftsinsel (Potsdam)*

### 26. August 2006

Cornelia Behm zu Gast beim traditionellen Sommerportfest der Grünen Jugend.  
*Sachsendorf (Cottbus)*

### 9. September 2006

Podiumsdiskussion zu aktuellen sozialpolitischen Fragen beim Sozialverband Deutschland.  
*Elsterwerda (Elbe-Elster)*

### 12. September 2006

Podiumsdiskussion zum Thema „Gesunde Ernährung“ auf dem Bio-Handelsforum in Köln.  
*Köln*

### 25. September 2006

Cornelia Behm empfängt Verein Industriemuseum Region Teltow e.V.  
*Deutscher Bundestag (Berlin)*

## Impressum

*Cornelia Behm Nachrichten*

### Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)  
Wahlkreisbüro,  
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331.887 10 56  
Fax: 0331.887 10 55  
Internet: [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)  
[cornelia.behm@wk.bundestag.de](mailto:cornelia.behm@wk.bundestag.de)

### Fotos & Grafiken:

- Seite 1: Büro Cornelia Behm –
- Seiten 2 & 4: Bildagentur SXC –
- Seite 3 (Rückblick):  
Simone Ahrend, sah.photo –
- Seite 3: (c) IFAW/S.Cook –

### Layout/Satz:

WortSchlag.net  
Postfach 880135 – D-13107 Berlin  
Tel.: 0381.361 80 57  
Mail: [service@wortschlag.net](mailto:service@wortschlag.net)  
[www.wortschlag.net](http://www.wortschlag.net)

### Druck:

Druckerei E. Stein  
Hegelallee 53 – 14467 Potsdam

## Behm gegen Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Die von der großen Koalition beschlossenen Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln sind nicht hinnehmbar. Denn wer von den Bürgerinnen und Bürgern ständig mehr Flexibilität und Mobilität fordert, sollte ihnen nicht gleichzeitig die dazu notwendigen Mittel streichen. Doch so wird das Angebot an Bussen und Bahnen in den Ländern schlechter und teurer. Ein Abschied von der Verkehrswende droht.

## Unteres Odertal: neues Nationalparkgesetz

Die Gesetzesnovelle lässt sich weder mit dem Bundesnaturschutzgesetz noch mit internationalen Naturschutzstandards vereinbaren. Internationaler Standard sind 75 Prozent Totalreservat. 50 Prozent sind das gerade noch akzeptierte Minimum. Das Land hat sich 1992 verpflichtet, bis 2010 die Hälfte des Nationalparks als Totalreservat auszuweisen. Dafür zahlt der Bund Fördermittel in Millionenhöhe, mit denen auf einen optimalen Schutz der Kernbereiche hingearbeitet werden muss.

### Wahlkreis

# Behm auf Tour 2006

*Auch in diesem Sommer gehe ich wieder in Brandenburg auf Tour. Ziel der Reise sind die Brandenburger Großschutzgebiete. Im Anschluss daran geht's weiter nach Niedersachsen, Mecklenburg, Baden-Württemberg ...*

Im Jahr der Naturparke mache ich mich vom 7. bis 11. August in die Brandenburger Großschutzgebiete auf, um zwischen der Niederlausitzer Heidelandschaft (Elbe-Elster) und dem Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg (Prignitz) acht Mal Station zu machen

Eine wichtige Bedeutung der Naturparke ist ihre Vorbildrolle für die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume, indem sie die Balance zwischen intakter Natur, wirtschaftlichem Wohlergehen und guter Lebensqualität in den Mittelpunkt stellen.

Ich möchte die Reise nutzen, um mit den Akteuren vor Ort zusammenzutreffen, Anregungen zu geben und mich über die einzelnen Entwicklungen in den Regionen zu informieren. Themen der Besuchsreise sind vor allem die jeweiligen lokalen Entwicklungsperspektiven, die Tourismusförderung sowie der Umwelt- und Naturschutz.

In den sich daran anschließenden zwei Wochen besuche ich zwischen Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern zehn Regionen

**Naturparke: Balance zwischen Natur, Wirtschaftswachstum und Lebensqualität.**

## Große Koalition stoppt Urwaldschutzgesetz

Die große Koalition lehnt das von uns in den Bundestag eingebrachte Urwaldschutzgesetz mit Verweis auf ein mögliches Scheitern in Brüssel ab. Mit dem Gesetz sollte ein Handels- und Besitzverbot für illegal geschlagenes Holz erlassen werden. Mit dieser Entscheidung stellen sich Union und SPD ein Armutszeugnis aus. Der Verdacht liegt nahe, dass die große Koalition ein solches Handelsverbot für illegales Holz eigentlich gar nicht will. Illegal geschlagenes Holz darf also weiter in Deutschland ungestraft verkauft werden.

## Behm: Union führt Kampagne gegen Hartz IV-Empfänger

Die Union muss ihre zynische Kampagne gegen Arbeitslosengeld II-Empfänger sofort beenden. Wer den Bedarfsgemeinschaften die Schuld für die Kostenexplosion bei Hartz IV gibt, will nur vom eigenen politischen Versagen ablenken. Arbeitsmarktpolitik ist mehr als das Stopfen von Haushaltslöchern. Aber von der Unterstützung Erwerbsloser bei der Arbeitssuche scheint sich die Union verabschiedet zu haben.

